



An den Grossen Rat

13.5141.02

PD/P135141

Basel, 26. September 2018

Regierungsratsbeschluss vom 25. September 2018

Anzug Rudolf Rechsteiner und Konsorten betreffend «gemeinsame Partnerschaft mit Swisspeace»

Der Grosse Rat hat an seiner Sitzung vom 15. Mai 2013 den nachstehenden Anzug Rudolf Rechsteiner und Konsorten dem Regierungsrat zur Stellungnahme überwiesen:

„Seit 2009 ist Swisspeace mit der Universität Basel assoziiert. Die Stiftung ist das wichtigste Institut für angewandte Friedensforschung der Schweiz und wird vom Bund unterstützt und regelmässig evaluiert.

Die private "World Peace Academy" (WPA) bietet seit 2010 einen Master of Advanced Studies (MAS) an. An der Universität bestehen Aus- und Weiterbildungslehrgänge im Bereich der Friedens- und Konfliktforschung. Mit dem Doktoratsprogramm Nord-Süd (DONOS) ist die Thematik auch auf dieser Ausbildungsstufe vertreten.

Seit 2012 verfügt Basel mit dem "Basel Peace Office" (BPO) über ein international anerkanntes Netzwerk für nukleare Abrüstung. Das BPO ist vorläufig im Seminar für Soziologie untergebracht. Von Seiten des Bundes gibt es Signale, dass eine Beteiligung an Friedensforschung und an qualifizierten Anstrengungen für nukleare Abrüstung in Basel unterstützt wird, sofern sich auch der Kanton finanziell engagiert.

Wir bitten den Regierungsrat, folgendes zu prüfen und dazu zu berichten:

1. Die Friedensforschung in Basel wird gestärkt und die Aktivitäten der WPA werden unter neuer Trägerschaft von Swisspeace auf Master-Stufe in einen MAS Studiengang "Peace & Conflict Studies" überführt. Weiterbildungsangebote werden darauf abgestimmt, die Qualitätskontrolle wird gewährleistet.
2. Die praxisorientierten Ziele des BPO werden im Hinblick auf die OSZE-Konferenz 2014 befristet unterstützt und wissenschaftlich verstärkt. Auf dieser Grundlage wird ein Mandat mit Swisspeace ausgehandelt, welches auch vom EDA (Eidg. Dept. des Äusseren) finanziell mitgetragen wird.
3. Leistungen des Kantons sind an die Bedingung geknüpft, dass sich der Bund angemessen beteiligt. Basel-Stadt leistet einen Beitrag an Swisspeace (gemeinsam mit dem Bund) und unterstützt die Suche nach geeigneten Räumlichkeiten.

Begründung

Im Jahre 2014 wird die Schweiz die Präsidentschaft der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit (OSZE) innehaben. Die abschliessende Ministerratskonferenz wird im Dezember 2014 in Basel stattfinden. Die Vorbereitungen dazu und die Konferenz selber werden Basel für kurze Zeit ins Zentrum der internationalen Öffentlichkeit im Zusammenhang mit Frieden und Sicherheit stellen. Parallel zur offiziellen Regierungskonferenz wird im Kongress-Zentrum eine Konferenz der Zivilgesellschaft durchgeführt.

Basel-Stadt profitiert in hohem Masse von der Globalisierung und den Möglichkeiten, dank friedlichen Beziehungen zwischen und innerhalb von Nationen Handel zu treiben und lokale Erzeugnisse zu verkaufen.

Schliesslich sprechen grundsätzliche humanitäre Überlegungen dafür, dass der Kanton die Friedensforschung und zivilgesellschaftliche Initiativen unterstützt und sich mit begrenzten Mitteln für globale Anliegen engagiert, gemeinsam und in Absprache mit dem Bund.

Rudolf Rechsteiner, Patricia von Falkenstein, Oswald Inglin, Dieter Werthemann, Daniel Stolz, Elisabeth Ackermann. Heidi Mück“

Wir berichten zu diesem Anzug wie folgt:

1. Ausgangslage

Seit Einreichung des Anzugs wurde in Bezug auf die Friedenspolitik in Basel viel erreicht: Die OSZE-Ministerratskonferenz wurde erfolgreich in Basel durchgeführt und diverse zivilgesellschaftliche Begleitveranstaltungen zum Thema Frieden abgehalten; die Friedens- und Konfliktforschung konnte in den letzten Jahren an der Universität Basel zusammen mit der Schweizerischen Friedensstiftung swisspeace fest verankert werden; zudem unterstützte der Regierungsrat swisspeace für die Jahre 2015 bis 2018 finanziell via Swisslos-Fonds und ermöglichte der Stiftung, ihre Friedensaktivitäten in Basel weiter auszubauen.

Zeitgleich mit dieser Anzugsbeantwortung legt der Regierungsrat dem Grossen Rat einen Ratsschlag betreffend „Bewilligung eines Staatsbeitrages an die Schweizerische Friedensstiftung swisspeace für die Jahre 2019 bis 2022“ vor (vgl P180905).

Der Regierungsrat hält in seinem Legislaturplan 2017-2021 fest, dass er den Kanton als innovativen, weltoffenen, sozialen und urbanen Kanton ausrichten will. Auch ist der Regierungsrat der Ansicht, dass eine nachhaltige Entwicklung im Sinne von Art. 15 der Kantonsverfassung ohne Frieden nicht möglich ist. Aus diesem Grund unterstützt der Regierungsrat die Anliegen der Anzugstellenden und berichtet dazu wie folgt:

2. Stärkung der Friedensforschung in Basel

„1. Die Friedensforschung in Basel wird gestärkt und die Aktivitäten der WPA werden unter neuer Trägerschaft von Swisspeace auf Master-Stufe in einen MAS Studiengang "Peace & Conflict Studies" überführt. Weiterbildungsangebote werden darauf abgestimmt, die Qualitätskontrolle wird gewährleistet.“

Seit 2009 ist swisspeace mit der Universität Basel durch einen Assoziationsvertrag verbunden. swisspeace kooperiert in erster Linie mit der Philosophisch-Historischen Fakultät, aber auch mit Instituten wie beispielsweise dem Schweizerischen Tropen- und Public Health-Institut (Swiss TPH). In den letzten neun Jahren wurde die Friedens- und Konfliktforschung an der Universität Basel im Rahmen des thematischen Forschungsschwerpunkts „European and Global Studies“ zusammen mit swisspeace fest verankert. Gleichzeitig wurden die verschiedenen Akteure der Friedensforschung vernetzt und die Arbeit professionalisiert. Mittlerweile bietet swisspeace diverse Aus- und Weiterbildungsangebote für Fachpersonen im Bereich Friedensförderung an. Die Universität Basel verfügt damit über ein schweizweit singuläres Studien- und Weiterbildungsangebot in einem zunehmend nachgefragten Themenfeld.

Mehrere Lehrangebote der Politikwissenschaft, der Soziologie und der Ethnologie auf BA- und MA-Stufe der Universität Basel befassen sich mit Friedens- und Konfliktfragen. Mit dem interuniversitären Doktoratsprogramm Nord-Süd (International Graduate School North-South), an welchem swisspeace und das Swiss TPH beteiligt sind, ist die Thematik auch auf dieser Ausbildungsstufe vertreten. Im Bereich der Afrika-, Europa-, Gouvernanz- und Nachhaltigkeits-Studien

sind weitere Programme und universitätsnahe Institutionen in Basel beheimatet, die in diesem Themenfeld arbeiten.

Im Herbst 2014 wurde die ehemalige, privat finanzierte World Peace Academy (WPA) aufgelöst und ihr Lehrangebot von swisspeace übernommen und in das Weiterbildungsprogramm der Universität Basel integriert. Im August 2016 wurde dieses Angebot im Bereich der „Peace Studie“ an der Philosophisch-Historischen Fakultät neu strukturiert. Die Studienreglemente für einen Masterlehrgang (MAS) und vier Zertifikatslehrgänge (CAS) sind vom Rektorat der Universität Basel am 16. August 2016 inklusive Studienplan und Budget genehmigt worden. Diese Kurse bilden eine Erweiterung des Angebots in ziviler Friedensförderung, das swisspeace bereits seit 2012 an der Universität Basel offerierte. Dazu gehören neben einem Jahreskurs mehrere Blockkurse zu Themen wie etwa „Wirtschaft, Konflikt und Frieden“, „Mediation und Dialogprozesse“ oder „Konfliktprävention und Frühwarnung“.

Seit Herbst 2017 wurde mit den neuen Studienfächern in Politikwissenschaft (BA und MA) die Basis für diese Forschung und Lehre im Rahmen der Gesellschaftswissenschaften verbreitert. Diese Lehrangebote können zu einem grossen Teil auch im Rahmen des Masterstudiengangs „European Global Studies“ belegt werden. Im Herbst 2018 startet zudem der neue gesellschaftswissenschaftliche Masterstudiengang „Changing Societies: Migration, Conflict, Resources“, von dem die Philosophisch-Historische Fakultät eine weitere Stärkung ihres Profils und ihrer Attraktivität erwartet.

Schliesslich werden zurzeit von swisspeace mehrere grössere, durch den Schweizerischen Nationalfonds und andere Förderstellen finanzierte Forschungsprojekte durchgeführt. In Zusammenarbeit mit privaten Stellen und der Universität Basel initiiert swisspeace derzeit ein Vorhaben, das die Sicherung digitaler Kopien von Archiven von Menschenrechtsorganisationen aus Konfliktgebieten zum Ziel hat. Damit soll ein Beitrag an die Aufarbeitung der Vergangenheit in diesen Ländern geleistet werden. Zugleich wird die Attraktivität Basels als Forschungsstandort gestärkt.

swisspeace ist seit vielen Jahren durch den Bund respektive das Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI) auf der Grundlage von Art. 5 und Art. 15 des Bundesgesetzes über die Förderung und Forschung und der Innovation (FIFG) als Forschungseinrichtung von nationaler Bedeutung anerkannt und wird entsprechend gefördert. Als Voraussetzung für diese Förderung wird swisspeace alle vier Jahre durch den Schweizer Wissenschaftsrat evaluiert.

3. Unterstützung von zivilgesellschaftlichen Begleitveranstaltungen im Hinblick auf die OSZE-Ministerratskonferenz

„2. Die praxisorientierten Ziele des BPO werden im Hinblick auf die OSZE-Konferenz 2014 befristet unterstützt und wissenschaftlich verstärkt. Auf dieser Grundlage wird ein Mandat mit Swisspeace ausgehandelt, welches auch vom EDA (Eidg. Dept. des Äusseren) finanziell mitgetragen wird.“

Vom 4. bis 5. Dezember 2014 fand in Basel die Ministerratskonferenz der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) statt. Diese bildete den politischen Abschluss des Vorsitzjahres der Präsidentschaft, welche die Schweiz 2014 innehatte.

Für die Durchführung der OSZE-Ministerratskonferenz bewilligte der Grosse Rat einmalige Ausgaben von insgesamt 2,886 Mio. Franken, wovon ein Teilbetrag von 200'000 Franken für die zivilgesellschaftlichen Begleitveranstaltungen – für welche swisspeace mit der Planung und Durchführung betraut wurde – reserviert war.

Im Auftrag des Bundes koordinierte swisspeace das zivilgesellschaftliche Begleitprogramm der NGOs während der OSZE-Ministerratskonferenz, und im Auftrag des Kantons Basel-Stadt führte swisspeace im Vorfeld und parallel zur OSZE-Ministerratskonferenz diverse Begleitveranstaltungen für die städtische und regionale Öffentlichkeit durch, darunter die Plakatausstellung „Making Peace“ oder der Stadtrundgang „Basel als Friedensstadt“. Mit diesen Begleitveranstaltungen konnten Themen wie Friedensförderung, Abrüstung, Menschenrechte, Minderheitenschutz, Um-

welt und Migration einer breiten Öffentlichkeit näher gebracht werden, und entsprechend war das Interesse auch gross.

In diesem Zusammenhang organisierte der Verein Basel Peace Office ebenfalls ein Forum zum Thema „Kooperative Sicherheit und eine nuklearwaffenfreie Welt“. Das Forum fand am 4. und 5. Juli 2014 im Rathaus in Basel statt und der damalige Regierungspräsident nahm als Redner daran teil.

4. Partnerschaft mit swisspeace

„3. Leistungen des Kantons sind an die Bedingung geknüpft, dass sich der Bund angemessen beteiligt. Basel-Stadt leistet einen Beitrag an Swisspeace (gemeinsam mit dem Bund) und unterstützt die Suche nach geeigneten Räumlichkeiten.“

Von 2015 bis 2018 unterstützte der Regierungsrat swisspeace finanziell via Swisslos-Fonds: Für den Ausbau der Friedensaktivitäten im Bereich Lehre und Forschung wurde jährlich ein Beitrag in der Höhe von 300'000 Franken bewilligt. Dank diesem Beitrag konnte swisspeace – in Kooperation mit der Universität Basel – ihr Aus- und Weiterbildungsangebot für Fachpersonen ausbauen und zahlreiche Aktivitäten weiterentwickeln und umsetzen. swisspeace bietet derzeit diverse zertifizierte Kurse – Masterstudiengang (MAS in Civilian Peacebuilding) sowie Weiterbildungslehrgänge (CAS, DAS) – sowie individuelle Blockkurse an.

Zudem unterstützte der Regierungsrat – zur Sicherung der Restfinanzierung des Basel Peace Forums – die Stiftung im Jahr 2017 mit 50'000 Franken und im Jahr 2018 mit 40'000 Franken. Das Basel Peace Forum setzt sich sektorenübergreifend mit dem Thema Frieden auseinander und erarbeitet innovative Ansätze für die Friedensförderung. Angestrebt wird insbesondere ein stärkerer Einbezug wirtschaftlicher Akteure. Das Forum findet jährlich in Basel jeweils im Vorfeld des World Economic Forum (WEF) statt und wurde bereits 2017 und 2018 durchgeführt.

Schliesslich unterstützt der Regierungsrat den Antrag von swisspeace auf finanzielle Unterstützung in Form eines Staatsbeitrags für die Jahre 2019 bis 2022 in der Höhe von insgesamt 1,6 Mio. Franken (400'000 Franken p.a.). Mit diesem Staatsbeitrag ermöglicht der Kanton der Stiftung, ihre Friedensforschung und-förderung in Basel weiterzuentwickeln, ihre friedenspolitischen Aktivitäten sichtbar zu machen, nationale und internationale Veranstaltungen im Kanton auszurichten und einer interessierten Öffentlichkeit Informationen zum Thema Frieden anzubieten. Im Gegenzug wird swisspeace ihren Hauptsitz mit einer Belegschaft von rund 40 Angestellten von Bern nach Basel verlegen.

Gemäss swisspeace stehen die Chancen gut, dass im Falle einer Zusicherung einer mehrjährigen Finanzierung durch den Kanton Basel-Stadt, der Bund (SBFI) seine Beiträge für die nächste Förderperiode (2021 bis 2024) erhöhen wird.

Mit seinem Engagement im Bereich Friedenspolitik und der Unterstützung entsprechender Institutionen stärkt der Regierungsrat die Stellung von Basel-Stadt als weltoffener und sozialer Kanton. Der Kanton kann sich schweiz-, aber auch weltweit als Ort für friedens- und sicherheitspolitische Aktivitäten etablieren – dies in Ergänzung zu Genf. Damit stärkt der Kanton den mit der Durchführung der Ministerkonferenz der OSZE vom Dezember 2014 erarbeiteten guten Ruf in diesem Themenfeld.

5. Antrag

Aufgrund dieses Berichts beantragen wir, den Anzug Rudolf Rechsteiner und Konsorten betreffend «gemeinsame Partnerschaft mit Swisspeace» abzuschreiben.

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Elisabeth Ackermann
Präsidentin



Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatsschreiberin